

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Antrag auf Übernahme des BUGA-Defizits durch das Land Brandenburg – Reloaded

Der Landtag möge beschließen:

Die Anteile der brandenburgischen Gemeinden am Defizit des Zweckverbandes Bundesgartenschau 2015 Havelregion werden vom Land Brandenburg übernommen.

Begründung:

Der Antrag ist ein erneuter Anlauf zur Übernahme des Defizits durch das Land, nachdem dieses Ansinnen im November 2015 abgelehnt wurde. Die Ablehnung wurde seinerzeit auch damit begründet, dass überhaupt noch keine Gewissheit bestünde, ob wirklich ein Defizit entstehe und die genaue Zahl noch nicht sicher absehbar sei. Man solle warten, bis sich die Zahlen verstetigen. Dies ist nun der Fall. Der gesamte Zweckverband hat ein Defizit berechnet, welches sogar noch höher ausfällt, als vor einem halben Jahr angenommen. Daher ist dieser neuerliche Anlauf inhaltlich und zeitlich geboten.

Die Bundesgartenschau (BUGA) 2015 brachte einen großen Mehrwert für die Havelregion und das gesamte Bundesland. Sie machte die Region in noch stärkerem Maße bundesweit als Ziel für Touristen bekannt. Zugleich konnte Brandenburg in Kooperation mit Sachsen-Anhalt als ein guter Organisator und Gastgeber in Erscheinung treten.

Von Anbeginn wurde die BUGA öffentlichkeitswirksam als Landesprojekt dargestellt und als Aushängeschild für das Land Brandenburg genutzt. Anlässlich des 100-Tage-Countdowns vor Eröffnung der BUGA lud die Landesregierung zum Pressefrühstück am 07.01.2015 in die Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund (<http://www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=bb1.c.386011.de>).

Sowohl Ministerpräsident Woidke als auch Wirtschaftsminister Gerber betonten dabei die Bedeutung des Ereignisses für das Bundesland insgesamt. So nannte der Ministerpräsident die BUGA „das touristische Großereignis des Jahres im Land Brandenburg“. Unter den zahlreichen, pressewirksam landespolitisch inszenierten ministeriellen Besuchen der BUGA ist der Empfang des 750.000sten Besuchers durch Ministerpräsident Woidke zusammen mit Bundespräsident Gauck besonders hervorzuheben. Zu keiner Zeit ließ die Landesregierung einen Zweifel daran, dass

die BUGA in Brandenburg eine Gesamtlandesaufgabe ist. Dies zu Recht. Denn der Imagegewinn strahlt weit über die Havelregion hinaus und leistete einen positiven Beitrag zur touristischen Entwicklung in ganz Brandenburg. Diese Gesamtwirkung und das gelebte Miteinander zwischen Kommunen und Land dürfen bei der Bewältigung eines finanziellen Defizits nicht aufhören.

Vor allem durch ungünstiges Wetter (Hitzewelle und Unwetter) sowie den Streik bei der Bahn blieben die Besucherzahlen um 30% hinter den Zielen zurück. Diese Umstände sind nicht durch die Gemeinden zu verantworten, führten aber dennoch zu einem Gesamtdefizit des BUGA-Zweckverbands von rund 11,3 Mio. Euro, welches nun nicht die kommunalen Haushalte belasten darf. Ein Verweisen der Gemeinden auf die mögliche Nutzung des Ausgleichsfonds ist angesichts der unmissverständlichen Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1170 (Antwort: Drucksache: 6/2992) nicht weiterführend.

Brandenburg sollte daher die Leistungen der BUGA würdigen, sich solidarisch zeigen und das verbliebene Defizit der betroffenen Gemeinden übernehmen. Das Land Sachsen-Anhalt hat dies bereits für die Stadt Havelberg getan und deren Anteil von 400.000 Euro am Defizit übernommen. Das Land Brandenburg sollte diesem Beispiel folgen.

Bei den Kommunen in Brandenburg verbleibt ein Defizit von rund 10,9 Mio. Euro. Diese einmalige Ausgabe stellt für das Land keine derart große Belastung dar, wie sie es für die just strukturschwachen Gemeinden bedeuten würde. Sollte das Defizit nicht durch das Land übernommen werden, würde es die kommunalen Haushalte der Region belasten, was langfristig dort notwendige Investitionen verhindern würde. Somit würden sich die positiven Effekte der BUGA in der strukturschwachen Havelregion ins Gegenteil verkehren.

Die BUGA war nach weit verbreiteter Meinung für das Land Brandenburg ein großer Imagegewinn und Zugpferd für die Entwicklung des Tourismus. Für die austragenden Gemeinden könnte sie jedoch wegen der nicht geplanten Belastung der kommunalen Haushalte langfristig negative Folgen haben, was nicht erklärter politischer Wille sein kann.

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe